



N I E D E R S C H R I F T
(öffentlicher Teil)
80. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 09.05.2023	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	17:50 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Peter Petereit - SPD Fraktionsvorsitzender		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Oliver Prieur - CDU Fraktionsvorsitzender		
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Sabine Haltern - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
Ulrich Krause - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Lars Lehrke - Die Unabhängigen		
Dr. Marek Lengen - SPD		
Christopher Lötsch - CDU		
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Thomas Rathcke - FDP Fraktionsvorsitzender		
Peter Reinhardt - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Bernhard Simon - CDU		
Heiko Steffen - AfD Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		Vertretung für: Herrn David Jenniches Fraktionsvorsitzender
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Lothar Möller - fraktionslos Fraktionsvorsitzender		ab TOP 7.1 / 16.57 Uhr
Beiratsmitglieder		
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen		
Bruno Böhm - Beirat für Senior:innen		
Götz Gebert - Beirat für Senior:innen		

Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Antje Jansen - FREIE WÄHLER & GAL Fraktionsvorsitzende	
Katjana Zunft - fraktionslos Fraktionsvorsitzende	
Verwaltung	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Arnd Babendererde - 5.651 GMHL	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Ralf Kuschmierz - Controlling FB2	
Manfred Uhlig - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen	
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	
Protokollführung	
Antje Luck - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
David Jenniches - AfD Fraktionsvorsitzender	entschuldigt
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Wolfgang Neskovic - Fraktion 21 Fraktionsvorsitzender	entschuldigt
Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	entschuldigt
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zum Bolzplatz in Groß Steinrade	VO/2023/12216
3.2	Anfrage AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Berechnung von Gebühren für die Baugenehmigung von Wärmeanlagen	VO/2023/12219
3.3	NEU: mündl. Anfrage von AM Simon betr. Sachstand der Beantwortung seiner Anfrage Nr. VO/2021/10226 Aktivitäten der Verwaltung im Zusammenhang mit der Festen Fehmarnbeltquerung	
3.4	Neu: mündl. Anfrage von AM Luetkens betr. Einführung des sog. Deutschland-Tickets	
3.5	NEU: mündl. Anfrage von AM Rathcke betr. Parkplatzsituation Mediadocks	
3.6	NEU: mündl. Anfrage von AM Prieur betr. Sachstand seiner Anfrage zum Planungsstand Parkhaus mittlere Wallhalbinsel	
3.7	NEU: mündl. Anfrage von AM Duggen betr. Parkplatzsituation Roonstraße	
4	Berichte	
5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Antrag des AM Lars Lehrke (Die Unabhängigen): Austausch Antrag zu Rüge des Bürgermeisters wegen mangelnder Unterrichtung der Gremien	VO/2023/12074-01
7.1.1	Rüge des Bürgermeisters wegen mangelnder Unterrichtung der Gremien; hier: Stellungnahme des Bürgermeisters	2023/12074-01-01
7.2	AT zu Dringlichkeitsantrag AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Umsetzung Brandschutzkonzept im Heiligen-Geist-Hospital	VO/2023/12210-01

8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
13	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Be- schlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende teilt mit, dass Herr Bürgermeister Lindenau aufgrund eines wichtigen auswärtigen Termins nicht an der heutigen Sitzung des Hauptausschusses teilnehmen kann und daher von der Ersten stellv. Bürgermeisterin Frau Senatorin Hagen vertreten wird.

Der Vorsitzende teilt weiter mit, dass der NDR mit einem Filmteam zur heutigen Sitzung anwesend ist und beabsichtigt, Filmaufnahmen anzufertigen. Gem. § 35 (4) GO SH ist hierfür das Einverständnis aller Anwesenden erforderlich. Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Einwände gegen die Filmaufnahmen.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

NEU TOP 3.1/VO 12216	Anfrage AM Thomas Rathcke (FDP) zum Bolzplatz in Groß Steinrade
NEU TOP 3.2/VO 12219	Anfrage AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Berechnung von Gebühren für die Baugenehmigung von Wärmeanlagen
NEU TOP 7.2/VO 12210-01	AT zu Dringlichkeitsantrag AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Umsetzung Brandschutzkonzept im Heiligen-Geist-Hospital

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass für den TOP 7.2 eine Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit gem. § 34 (4) GO SH erforderlich sei. Der Beschluss bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Hauptausschusses.

AM Dr. Flasbarth begründet die Dringlichkeit seines Antrags damit, dass zur Abwendung der im September drohenden Nutzungsuntersagung jeder Tag zählen würde. Zudem würde sich die Verwaltung weigern, die offenen Punkte des Brandschutzkonzeptes umzusetzen.

AM Reinhardt kann die Behauptung von AM Dr. Flasbarth hinsichtlich einer Weigerung der Verwaltung nicht nachvollziehen und spricht sich gegen die Dringlichkeit des Antrags aus.

Der Vorsitzenden lässt über die Erweiterung der Tagesordnung um den TOP 7.2 im Wege der Dringlichkeit abstimmen.

Der Hauptausschuss lehnt die Erweiterung der TO um den

TOP 7.2 bei 9 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen ab.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass bis zur nächsten Sitzung die Zuständigkeit des Hauptausschusses für diesen Antrag durch die Verwaltung noch geprüft werde.

Im Weiteren gibt der Vorsitzende bekannt, dass der Hauptausschuss in seiner letzten Sitzung am 25.04.2023 folgende Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst hat:

- Der Bürgermeister wird beauftragt, die Erstellung eines kommunalen Wärme- und Kälteplans gemäß §7 EWKG zu vergeben.
- Das Vertragsverhältnis zur Stromlieferung zwischen der Hansestadt Lübeck und der Stadtwerke Lübeck Energie GmbH ist nach einer wirtschaftlich notwendigen und den neuen Marktverhältnissen gerecht werdenden Anpassung der vertraglich fixierten Preisen für den Lieferzeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2025 fortzusetzen.

AM Haltern beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes 7.1 und begründet ihren Antrag damit, dass es unangemessen sei, über eine Rüge des Bürgermeisters in seiner Abwesenheit zu debattieren.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

**Der Hauptausschuss lehnt die Vertagung
des TOP 7.1 mit 6 Ja-Stimmen und 9
Nein-Stimmen mit Stimmenmehrheit ab.**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen.

**Der Hauptausschuss stellt die Tagesordnung
einstimmig fest.**

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Es liegt nichts vor.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zum Bolzplatz in Groß Steinrade Vorlage: VO/2023/12216

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.2 Anfrage AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Berechnung von Gebühren für die Baugenehmigung von Wärmeanlagen
Vorlage: VO/2023/12219**

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.3 NEU: mündl. Anfrage von AM Simon betr. Sachstand der Beantwortung seiner Anfrage Nr. VO/2021/10226 Aktivitäten der Verwaltung im Zusammenhang mit der Festen Fehmarnbeltquerung

AM Simon fragt nach der Beantwortung seiner Anfrage betr. Aktivitäten der Verwaltung im Zusammenhang mit der Festen Fehmarnbeltquerung und kritisiert die Bearbeitungsdauer von nunmehr fast zwei Jahren.

Frau Senatorin Hagen weist auf die Vielzahl der Anfragen aus den politischen Gremien an die Verwaltung hin, die größtenteils zeitnah beantwortet würden und erläutert mögliche Gründe für eine längere Bearbeitungszeit von Anfragen. Weiterhin spricht Frau Hagen Themenbereiche an, an denen die Verwaltung im Zusammenhang mit der Festen Fehmarnbeltquerung arbeitet. Frau Hagen sagt für die nächste Sitzung eine Information über den Bearbeitungsstand der Anfrage zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.4	Neu: mündl. Anfrage von AM Luetkens betr. Einführung des sog. Deutschland-Tickets
---------------	--

AM Luetkens fragt unter Bezugnahme auf die Regelung des Stadtverkehrs, dass bei Nutzung des 49 Euro Tickets für mitzuführende Hunde eine Einzelkarte Kind zu lösen ist, welche Einnahmen der Stadtverkehr hieraus erwartet.

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.5	NEU: mündl. Anfrage von AM Rathcke betr. Parkplatzsitation Mediadocks
---------------	--

AM Rathcke fragt unter Bezugnahme auf die Parkplatzsitation an den Media Docks nach dem weiteren Vorgehen seitens der KWL gegenüber den Parkplatzpächtern sowie nach der Lösung der Verwaltung für die wegfallenden Parkplätze.

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.6	NEU: mündl. Anfrage von AM Prieur betr. Sachstand seiner Anfrage zum Planungsstand Parkhaus mittlere Wallhalbinsel
---------------	---

Auf Nachfrage von AM Prieur zum Sachstand der Beantwortung seiner Anfrage zum Planungsstand Parkhaus mittlere Wallhalbinsel teilt Frau Senatorin Hagen mit, dass die Verwaltung an einem schriftlichen Bericht zu der Thematik arbeite.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.7 NEU: mündl. Anfrage von AM Duggen betr. Parkplatzsituation Roonstraße

AM Duggen fragt unter Bezugnahme auf die geplante Aufhebung des Parkraums in der Roonstraße zwischen dem Geh- und Radweg im Bereich Hövelnstraße und Walderseestraße, ob in Fortführung der Regelung in der Marlistraße ein beidseitiges Parken auf der rechten Fahrspur auch in der Roonstraße möglich wäre.

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage wird zugesagt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine weiteren Anfragen vorgetragen. Der Vorsitzende weist die Ausschussmitglieder darauf hin, künftig die Zuordnung von Anfragen zu den zuständigen Fachausschüssen einzuhalten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

Es liegt nichts vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

Es liegt nichts vor.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 Antrag des AM Lars Lehrke (Die Unabhängigen): Austausch Antrag zu Rüge des Bürgermeisters wegen mangelnder Unterrichtung der Gremien Vorlage: VO/2023/12074-01

Der Vorsitzende erteilt Herrn Ziemann das Wort.

Herr Ziemann nimmt Bezug auf die bisherige Erörterung der Thematik im Hauptausschuss und erhebt Einwände gegen die Rüge aus rechtlicher Sicht. Herr Ziemann geht auf zwei für ihn wesentlichen Aspekte ein und führt zum einen aus, dass die formulierten Vorwürfe einer vorsätzlichen Verletzung von Dienstpflichten des Bürgermeisters keine einfache Rüge, sondern eine qualifizierte Missbilligung darstellen würden. Diese könne der Hauptausschuss in seiner Eigenschaft als Dienstvorgesetzter jedoch nicht aussprechen, da ihm die Disziplinarbefugnis fehle. Dies sei vielmehr Sache der Kommunalaufsicht. Zum anderen gibt Herr Ziemann zu den Punkten 3 und 4 des Antrags zu bedenken, dass mit dem nicht erwiesenen Vorwurf der Lüge der Tatbestand der üblen Nachrede gem. § 186 StGB erfüllt sein könnte.

Eine Nachfrage von AM Lehrke zur Zuständigkeit des Hauptausschusses beantwortet Herr Ziemann.

Eine Nachfrage von AM Dr. Flasbarth zur Unterscheidung zwischen einfacher und qualifizierter Missbilligung beantwortet Herr Ziemann.

Auf Antrag von AM Lehrke wird die Sitzung um 16.56 Uhr für 10 Minuten unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung um 17.06 Uhr teilt Herr Lehrke mit, dass er seinen Antrag aufrechterhält und begründet dies.

AM Prieur spricht hierzu und beantragt eine punktweise Abstimmung des Antrags.

Der Vorsitzende bittet darum, den anschließenden Redebeitrag von AM Dr. Flasbarth wörtlich zu Protokoll zu nehmen.

Wortprotokoll Redebeitrag AM Dr. Flasbarth:

Ich möchte mich bei Herrn Ziemann bedanken für die rechtlichen Ausführungen. Wir glauben in der Tat, dass es sich hier jetzt um eine einfache Missbilligung handelt. Und wenn sich dann im Nachhinein herausstellt, dass es eine qualifizierte ist, dann wird das halt ein Fall für die Kommunalaufsicht. Wir unterstützen den Antrag der Unabhängigen, auch aus unserer Sicht ist das Verhalten des Bürgermeisters zu rügen. Und ich möchte gerne aus einem Protokoll vorlesen. Ein Protokoll, dass öffentlich geworden ist dadurch, dass die Angehörigeninitiative des HGH per Informationszugangsgesetz Zugang zu diesem Protokoll bekommen hat. Und darum darf ich das hier verlesen. Das ist ein Protokoll von einem Treffen am 08.03.2022. An diesem Treffen haben ungefähr zwanzig Leute teilgenommen, auch der Bürgermeister, Frau Hagen, der ehemalige Sozial- und Wirtschaftssenator, einige Bereichsleiter:innen, Abteilungsleiter:innen, externe Planer. Und in diesem Protokoll ist vermerkt, wie gesagt am 08.03. fand das Meeting statt, ist die Aussage vermerkt: „Bisher gilt die Aussage der Bürgerschaft, das HGH wird auch weiterhin ein Alten- und Pflegeheim sein. Abteilungsleiter XY weist deshalb deutlich darauf hin, dass die Bürgerschaft als beschlussfassendes

Organ zeitnah zu informieren ist.“ März 22. Also zum einen weist ein Abteilungsleiter deutlich darauf hin, das Wort „deutlich“ steht so im Protokoll, und auch die Protokollierende fand es offensichtlich so wichtig, diese Nachricht aufzunehmen ins Protokoll, so dass es dann alle lesen können. Ich kann es gerne nochmal lesen, im Protokoll steht „Bisher gilt die Aussage der Bürgerschaft, das HGH wird auch weiterhin ein Alten- und Pflegeheim sein. Abteilungsleiterin XY weist deshalb deutlich darauf hin, dass die Bürgerschaft als beschlussfassendes Organ zeitnah zu informieren ist.“ Das war im März. Im März ist außerdem die grundlegende Planung gestoppt worden für das HGH und im März ist auch die Kostenzusammenstellung gestoppt worden. Die letzte Kostenzusammenstellung, die wir bis heute haben, ist aus dem März. Im Juni gab es dann ein weiteres Treffen, ungefähr im gleichen Kreis. Diesmal war auch Frau Steinrücke dabei und nicht Herr Schindler. Und dort steht im Protokoll ganz explizit das vermerkt, was auch der Bürgermeister in seiner Stellungnahme erwähnt hat. Die grundhafte Sanierung und die Umsetzung des genehmigten Brandschutzkonzeptes wurden ganz explizit gestoppt. Das wurde der Bürgerschaft nicht mitgeteilt. Und im September 2022 habe ich dann im Hauptausschuss nach einem Sachstandsbericht zum Brandschutz gefragt. Das konnte oder wollte mündlich nicht beantwortet werden und darum gab es schriftlich im September 2022 die Aussage: „Momentan erfolgt die Erarbeitung einer Kostenzusammenstellung im Sinne einer Machbarkeitsstudie und parallel dazu wird ein Interimskonzept erstellt.“ So, diese Aussage ist aus meiner Sicht zum einen eine Lüge und zum anderen ist sie aus meiner Sicht eine arglistige Täuschung. Es ist eine bewusste Täuschung der Bürgerschaft, denn bis zum September sind wir davon ausgegangen und war der Informationsstand der Bürgerschaft, dass wir in Q1 oder Q2 letzten Jahres ein Konzept bekommen sollten für die Umsetzung des Brandschutzes. Wenn dann auf eine Nachfrage nach dem Brandschutz geantwortet wird, ja wir arbeiten an einer Kostenzusammenstellung im Sinne einer Machbarkeitsstudie, dann ist der Eindruck, den man gewinnen muss, es wird weiterhin am Brandschutz gearbeitet. Stattdessen wurde aber nicht mehr an der Umsetzung des Brandschutzkonzeptes gearbeitet. Es wurde die Schließung vorbereitet. Es war die Schließung beschlossen, die Schließung wurde vorbereitet, es bestand ein Aufnahmestopp und es drohte eine Nutzungsuntersagung. Und das Ganze ist ein halbes Jahr passiert nachdem die Mitarbeiter:innen den Bürgermeister darauf aufmerksam gemacht haben. Warum war das eine Lüge? Das war eine Lüge, weil momentan wie in dieser Antwort steht eben keine Kostenzusammenstellung erfolgte. Die Kostenzusammenstellung wurde im März gestoppt. Wir haben den Planer gefragt, „Wann haben Sie gearbeitet an der Kostenzusammenstellung?“ Der Planer hat gesagt „Ich habe im März aufgehört und im Dezember nach dem Bürgerschaftsbeschluss habe ich wieder angefangen. Im September habe ich nicht an der Kostenzusammenstellung gearbeitet.“

- Ende Wortprotokoll -

Herr Groth erläutert mit Bezug auf die Stellungnahme des Bürgermeisters den Ablauf seitens der Verwaltung und stellt klar, dass es in dem vom AM Dr. Flasbarth zitierten Gespräch nicht darum ging, die generelle Planung zu stoppen, sondern ein Interimskonzept mit der Bauordnung abzustimmen, um eine sofortige Nutzungsuntersagung zu verhindern. Herr Groth macht weiterhin deutlich, dass die Verwaltung zu keinem Zeitpunkt eine Planung gestoppt habe, sondern im Rahmen von Prioritätensetzung gehandelt worden sei und dass der Bürgermeister hinsichtlich der Information der Gremien den ihm zustehenden Ermessensspielraum ausgeübt habe.

Frau Zunft bemängelt die späte Information durch den Bürgermeister und hinterfragt das ausgeübte Ermessen.

Herr Groth weist darauf hin, dass die Verwaltung auf der Grundlage von Fakten berichtet, wenn der Sachverhalt aufgeklärt ist und die Verwaltung Lösungen anbieten kann. Alles andere sei aus seiner Sicht fahrlässig.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich AM Duggen, Herr Groth, AM Dr. Flassbarth, AM Luetkens, Frau Jansen, AM Reinhardt, AM Dr. Lengen, Frau Zunft und AM Lehrke.

AM Duggen vertritt die Auffassung, dass es sich bei der Rüge nicht um eine qualifizierte Missbilligung handeln würde. Sie kritisiert die Ausführungen von Herrn Ziemann hinsichtlich möglicher Anhaltspunkte für eine strafbare Handlung.

AM Dr. Flassbarth bittet, seinen folgenden Wortbeitrag zu Protokoll zu nehmen:

AM Dr. Flassbarth führt aus, dass er sein Auswahlermessen hinsichtlich der Rüge sehr sorgfältig abgewogen habe. Im Weiteren teilt AM Dr. Flassbarth mit, dass er es begrüßen würde, wenn der Bürgermeister rechtliche Schritte einleiten würde, damit von professioneller und offizieller Seite dieses Fehlverhalten aufgeklärt werden könne.

Frau Jansen spricht sich dafür aus, die Kommunalaufsicht als neutrale Stelle einzubinden.

AM Reinhardt betont, dass bislang in keiner Weise ein Beschluss gefasst worden sei, das HGH zu schließen.

AM Dr. Lengen beurteilt das Verhalten des Bürgermeisters als angemessen und besonnen.

AM Lehrke erklärt, dass er Herrn Lindenau mit dem Antrag nicht persönlich diskreditieren möchte und dass es sich bei der Rüge seiner Meinung nach nicht um eine qualifizierte Missbilligung handeln würde. Vielmehr gehe es ihm darum, auf die künftige Zusammenarbeit der Verwaltung mit der Politik einzuwirken.

Eine Nachfrage von Frau Zunft zur Ausübung des Ermessens durch den Bürgermeister beantwortet Herr Groth.

Zu den Ausführungen von AM Lehrke weist Herr Groth auf den Unterschied zwischen dem Vorwurf einer zu späten und unvollständigen Information und dem Vorwurf einer wahrheitswidrigen Information hin.

Zur Umsetzung des Brandschutzkonzepts nimmt Herr Groth auf die umfangreiche Berichterstattung zu der Thematik im Sozialausschuss Bezug und gibt zu bedenken, dass diese Aufgabe einen umfassenden und zeitintensiven Planungs- und Umsetzungsprozess von zwei bis drei Jahren erfordere. Herr Groth führt weiter an, dass fraglich sei, ob die Stiftung als Bauherr in der Lage sei, den finanziellen Umfang der Umsetzung des Brandschutzkonzepts von ca. 8,5 Mio. Euro zu bewerkstelligen.

Im Weiteren unterscheidet Herr Groth zwischen den strategischen Vorgaben der Politik und der operativen Umsetzung durch die Verwaltung und stellt klar, dass die Entscheidung über die Verhängung des Aufnahmestopps alternativlos gewesen sei. Herr Groth spricht sich dafür aus, den Blick in die Zukunft zu richten und sich der Frage zuzuwenden, wie die HL eine moderne Pflege gestalten möchte.

Der Vorsitzende bittet seinen Hinweis zu Protokoll zu nehmen, dass mit den Punkten 3 und 4 des Antrags der Tatbestand der üblen Nachrede erfüllt sein könnte. Der Vorsitzende äußert erhebliche Bedenken, als Ausschuss darüber so abzustimmen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden ist der Ausschuss einstimmig mit dem von AM Prieur beantragten Vorgehen einer punktuellen Abstimmung des Antrags einverstanden.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag ziffernweise abstimmen.

Im Anschluss an die Beschlussfassung gibt Frau Senatorin Hagen bekannt, dass sich der Bürgermeister den Widerspruch vorbehält.

Beschluss:

Rüge des Bürgermeisters wegen mangelnder Unterrichtung der Gemeindevertretung zur Situation der SeniorInneneinrichtung im HGH

1. Der Hauptausschuss stellt fest, dass der Bürgermeister trotz Kenntnis einer drohenden Nutzungsuntersagung im HGH seiner Auskunftspflicht nicht nachgekommen ist.

2. Der Hauptausschuss stellt fest, dass der Bürgermeister seiner Auskunftspflichtung über den am 06.04.2022 verhängten Aufnahmestopp in der SeniorInneneinrichtung im HGH nicht nachgekommen ist.
3. Der Hauptausschuss stellt fest, dass der Bürgermeister wider besseren Wissen die Unwahrheit zum Brandschutz im HGH behauptet hat, als er im September 2022 schriftlich berichtete, es würde an "Kostenzusammenstellungen im Sinne einer Machbarkeitsstudie" gearbeitet", obwohl er selbst diese Arbeiten bereits im Juni 2022 gestoppt hat.
4. Der Hauptausschuss stellt fest, dass der Bürgermeister durch die wiederholte Nichtbeachtung seiner Auskunftspflicht und die Behauptung von Unwahrheiten wider besseren Wissens die rechtzeitige Befassung der Gremien mit dem Sachverhalt vereitelt hat.
5. Der Hauptausschuss rügt dieses Verhalten des Bürgermeisters.
6. Bürgermeister Lindenau wird aufgefordert, ab sofort die Ausschüsse und die Bürgerschaft über alle wichtigen Angelegenheiten der Selbstverwaltung zu unterrichten und rechtzeitig Handlungsoptionen darzulegen.

Abstimmungsergebnis Ziffer 1	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	6
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Abstimmungsergebnis Ziffer 2	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	6
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Abstimmungsergebnis Ziffer 3	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	3
	Nein-Stimmen	7
	Enthaltungen	5
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Abstimmungsergebnis Ziffer 4	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	2
	Nein-Stimmen	7
	Enthaltungen	6
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis Ziffer 5	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	6
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	
Abstimmungsergebnis Ziffer 6	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	6
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 7.1.1 Rüge des Bürgermeisters wegen mangelnder Unterrichtung der Gremien; hier:
Stellungnahme des Bürgermeisters
Vorlage: 2023/12074-01-01**

Siehe TOP 7.1

**zu 7.2 AT zu Dringlichkeitsantrag AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Umsetzung Brandschutzkonzept im Heiligen-Geist-Hospital
Vorlage: VO/2023/12210-01**

Entfällt.

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und schließt um 17.50 Uhr die Sitzung..

zu 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Entfällt.

Lübeck, den 24. Mai 2023

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Antje Luck
Protokollführung